

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

21.3.1928 (No. 69)



Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postkontos Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Oberredakteur E. A. M. M. Karlsruhe

Verlagspreis: Monatslich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühren 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassendebatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von bösserer Gewalt, Streik, Sperre, Ausbrennung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Anstalts- und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofbesuchblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Amtlicher Teil

#### Prüfungen im Fußbeschlagn

Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Fußbeschlagn finden statt:

am Freitag, den 20. April 1928 und Samstag, den 21. April 1928 jeweils vormittags 8 Uhr

in der Fußbeschlagnschule in Freiburg, am Montag, den 23. April 1928 vormittags 8 1/2 Uhr

in der Fußbeschlagnschule in Meßkirch, am Mittwoch, den 25. April 1928 vormittags 9 Uhr

in der Fußbeschlagnschule in Mannheim, am Donnerstag, den 26. April 1928 und Freitag, den 27. April 1928 jeweils vormittags 8 Uhr

in der Fußbeschlagnschule in Karlsruhe. Wegen des Näheren wird auf die Bekanntmachung vom 20. März 1928 im Staatsanzeiger Nr. 68 verwiesen.

### Der deutsch-russische Konflikt

#### Auswärtiger Ausschuss des Reichstags

BDZ. Berlin, 21. März (Tel.). Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat am heutigen Mittwoch vormittag wieder zu einer Sitzung zusammen, um zunächst kurze Darlegungen des Reichsaußenministers Dr. Stresemann über die deutsch-russischen Verhandlungen entgegenzunehmen. Außerdem stand die Auswanderungsfrage auf der Tagesordnung.

Was über die Erörterungen über Rußland verlautet — ein Kommuniqué ist bisher nicht ausgegeben worden — wurde der Standpunkt der Reichsregierung allgemein, natürlich die Kommunisten ausgenommen, gebilligt. Dann wendete man sich den Fragen der Sicherheitskonferenz und Abrüstung zu.

Zwischen durch beschloß der Ausschuss entsprechend einer Resolution Dr. Reichert (D.R.), die Regierung zu ersuchen, gegenüber dem von der Tschekoslowakei beschlossenen Abwertungsgesetz für die alten Silbermark- und Goldprioritäten sowie Sparkastenguthaben, die geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Beeinträchtigung der Rechte der deutschen Gläubiger abzuwehren.

#### Russische Behauptungen

„B.Z.“ und „Raff. Jg.“ geben Angaben Moskauer Blätter über gegenrevolutionäre Verschwörungen im Donezgebiet wieder, die zu der Verhaftung von 60 Ingenieuren, darunter der deutschen, geführt haben. Als Hauptverschwörer werden zwei Brüder Kolodub genannt, die selbst ehemalige Schachtbesitzer waren und später als Spezialisten bei der Sowjetverwaltung arbeiteten. Es wird ihre weigardistische revolutionäre Gesinnung in den Vordergrund gestellt. Zwei konkrete Vorwürfe werden gegen sie erhoben, wobei es sich um die Vernichtung der Abbaumöglichkeit eines sehr guten Schachtes und um die Erfassung eines anderen Schachtes handele. Nach der Behauptung des Blattes „Nabotschaja Gazetta“ sollen diese Handlungen gegen das bessere Wissen der Spezialisten, die in ausländischem Solde gestanden hätten, zwecks Schädigung der Sowjetwirtschaft erfolgt sein.

Das „B.Z.“ meldet aus Moskau, daß Ingenieur Gostein von Charlow nach Berlin abgereist sei. Der Monteur Wagner sei noch in Charlow. Der sich angeblich unter den verhafteten Deutschen befindende Koster, dessen Name, wie gemeldet, in Berlin unbekannt ist, ist, wie das Tageblatt meldet, tatsächlich nicht vorhanden. Es befinden sich tatsächlich noch drei deutsche Ingenieure im Gefängnis zu Moskau.

### Ein neues Gerichtsentslastungsgesetz

BDZ. Berlin, 21. März (Tel.). Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Reichstages, Abg. Dr. Kahl (Dt. Vp.), hat im Reichstage mit Unterstützung von Abgeordneten anderer bürgerlicher Parteien einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der eine Entlastung der Gerichte bezweckt. Danach kann ein vor dem Instanztribunal dieses Gesetzes verkündetes Urteil eines Oberlandesgerichtes oder Landesgerichtes nicht mit der Begründung angefochten werden, daß der Vorsitzende des Senats oder der Kammer an dem Vorfall dauernd verhindert und mit Rücksicht hierauf seine Vertretung durch das älteste Mitglied des Senates oder der Kammer nicht zulässig gewesen sei.

### Der Schiedspruch im Buchdruckgewerbe

BDZ. Berlin, 21. März (Tel.). Im Reichsarbeitsministerium begannen um 11 Uhr vormittags vor dem Schlichter die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des deutschen Buchdruckgewerbes über die von den Arbeitgebern beantragte Verbindlichkeitsklärung des zur Regelung des Lohnstreites gefällten Schiedspruches.

### Letzte Nachrichten

#### Wahltermin 13. oder 20. Mai

Br. Berlin, 21. März. Die „D. Z.“ kündigt einen Schritt der bisherigen Koalitionsparteien beim Reichskanzler an, der endgültige Klarheit über die Festsetzung des Wahltermins schaffen wird.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt. Man war sich, wie das Blatt weiter berichtet, darüber einig, daß der 20. Mai wohl als der geeignetste Wahltermin angesehen werden kann. Auch der Sonntag vorher, der 13. Mai käme in Frage. Und darüber werden die in Aussicht genommenen interfraktionellen Besprechungen und die beabsichtigte Fühlungnahme mit dem Reichskanzler Dr. Marx die Entscheidung bringen. Der Reichskanzler wird sich alsbald nach der Fühlungnahme mit den Fraktionsführern mit dem Reichspräsidenten in Verbindung setzen, um mit diesem die offizielle Vereinbarung über die Reichstagsauflösung und Neuwahlen zu treffen.

### Rentenbankkreditanstalt und Preußenkasse

M. Berlin, 21. März. (Priv.-Tel.). Gestern beschäftigte sich das Reichskabinett unter Hinzuziehung eines Vertreters Preußens mit dem Rentenbankkreditgesetz. Nach Berliner Blättern soll ein Kompromiß angebahnt worden sein, durch das die im Reichsrat noch bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden sollen. Zunächst wird sich jetzt das preussische Staatsministerium und dann der Ausschuss des Reichsrats mit der Frage beschäftigen. Für die noch immer bestehenden Streitfragen über das Verhältnis der Rentenbankkreditanstalt zur Preussischen Zentralgenossenschaftskasse werden jetzt zwei Wege zur Einigung zwischen den verschiedenen Auffassungen als möglich bezeichnet. Der eine ist die Beteiligung des Reichs an der Preußenkasse bei der Umschuldung der landwirtschaftlichen Schulden, der andere, daß der Eingriff der Rentenbankkreditanstalt in die Belange der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse als einmaliger Vorgang gesetzlich festgelegt wird. Während ursprünglich die Länderregierungen offenbar den zweiten Weg für geeigneter hielten, scheint jetzt die Stimmung für den ersten, d. h. Beteiligung des Reichs zu sein. Die endgültige Entscheidung hängt dabei von der Haltung der preussischen und bayerischen Regierung ab, die hauptsächlich Widerstand gegen die vom Reichskabinett vorgeschlagene Lösung geleistet haben.

### Die Tangerkonferenz

M. Berlin, 21. März (Priv.-Tel.). Auf der Tagesordnung der Tangerkonferenz steht — wie aus Paris gemeldet wird — neben dem gemeldeten Anpruch Italiens nun auch die Ausbeutung der Mineralvorkommen im Tangergebiet, an dem Italien, Frankreich und Spanien gemeinsam mitwirken sollen und zu der England und Amerika das Kapital hergeben sollen.

### Das soziale Notprogramm

BS. Berlin, 21. März. (Tel.). Der Haushaltsausschuss des Reichstages setzte die Beratung des Ergänzungshaushaltes für 1928 fort. Der Reichsfinanzminister Dr. Brüder, der dazu Erklärungen über das soziale Notprogramm abgegeben wollte, war vormittags noch durch andere Amtsgeschäfte abgehalten. Der soziale Teil des Notprogramms wurde erledigt. Das Sozialprogramm fordert 75 Millionen für Invalidenrenten, 25 Millionen Reichsmark für Kleinrentner und drei Millionen für Werkspensionäre. Einbezogen in die Besprechung wird ein demokratischer Antrag über die Kleinrentnerfürsorge.

### Die Tabaksteueränderung

BD. Berlin, 21. März. (Tel.). Die vom Reichsrat bereits erledigte Novelle zum Tabaksteuergesetz ist jetzt auch dem Reichstage zugegangen. Der Reichsrat hat neu eingefügt die Bestimmung, daß bis zum 31. März 1929 die Zigaretten im Kleinhandel nicht billiger verkauft werden dürfen, als die Banderole angibt. Die Reichsregierung lehnt diese Bestimmung ab, weil sie meint, daß dieser Schutz des Kleinverbraucherpreises zu Verfassungen anderer Gewerbetreibende führt, insbesondere soweit sie Markenartikel vertreiben. Derartige, so schwer oder überhaupt nicht zurückzuweisende Verfassungen könnten auf weiteren Gebieten des deutschen Wirtschaftslebens eine Einschränkung der freien Wirtschaft nach sich ziehen.

Der demokratische Parteivorstand. Die Wahlkreisvorstände sind zur Aufstellung der Reichsliste und der Landeslisten für Dienstag, den 3. April, nach Berlin berufen worden.

### Die Bautätigkeit in den Groß- und Mittelstädten 1927

Die Wohnungsbautätigkeit hat im vergangenen Jahr in Deutschland eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung aufzuweisen. Das Jahr 1927 ist das beste Baujahr in der Nachkriegszeit, das sich sehr befriedigend auf das gesamte Wirtschaftsleben, insbesondere den Arbeitsmarkt, ausgewirkt hat.

Wie einer Zusammenstellung in „Wirtschaft und Statistik“ (VIII. Jahrgang Nr. 3) zu entnehmen ist, wurde in diesem Jahre zum erstenmal seit 15 Jahren nicht nur der laufende Bedarf an Wohnungen gedeckt, sondern es konnte noch darüber hinaus ein erheblicher Teil des aus den Vorjahren übernommenen Fehlbestandes abgetragen werden. Infolge der recht günstigen Finanzierungsmöglichkeiten und des ständig zunehmenden Druckes der wohnungslosen Haushaltungen und Familien hatte sich im Winter 1926 auf 1927 am Wohnungsbauwerk bei Gemeinden und Privaten eine große Baulust entwickelt, die bis in den Herbst hinein anhielt und sich auch nach der Verknappung des Kapitalmarktes im Frühjahr durchzusetzen vermochte. Als Folge der Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage entfaltete sich allmählich neben dem umfangreichen Wohnungsbau auch eine recht erhebliche industrielle Bautätigkeit, während die Aufträge aus der Landwirtschaft sich während des ganzen Jahres in engeren Rahmen hielten.

Die Zahl der in den 93 Groß- und Mittelstädten, welche sich in der Statistik beteiligen, fertiggestellten Wohngebäude (abzüglich der in Abgang gekommenen) war mit 20 049 um 27 v. H. die Zahl der öffentlichen Gebäude mit 405 um 18 v. H. größer als im Vorjahr, die der Gebäude für gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke mit 5163 um 3 v. H. kleiner. Infolge dieser verschiedenartigen Entwicklung hat sich der Anteil der einzelnen Gebäudearten an Gesamtumfang wie schon 1925 auf 1926 weiterhin zugunsten der Wohngebäude verschoben. Von dem Reinzugang in den 93 Groß- und Mittelstädten waren 83 v. H. (1926: 79 v. H.) Wohngebäude, 16 (20) v. H. Gebäude für gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke und 1 (1) v. H. öffentliche Gebäude.

In den Großstädten ist gegenüber 1926 der Reinzugang an gewerblichen Gebäuden verhältnismäßig weniger stark gesunken als in den Mittelstädten, andererseits hat aber der Reinzugang an Wohngebäuden in den ersten in geringerem Maße zugenommen als in den letzteren.

Der Reinzugang an Wohnungen betrug in den Groß- und Mittelstädten zusammen 105 141 gegen 75 355 im Vorjahr; er war also um 40 v. H. größer als 1926 und etwa doppelt so groß wie 1925. In den Großstädten belief sich die Zunahme des Reinzugangs auf 37 v. H., in den Mittelstädten auf 53 v. H.

Nach einer Zusammenstellung des Preussischen Wohnfahrtsministeriums wurden im Jahre 1927 in sämtlichen Gemeinden Preußens 176 173 Wohnungen gegenüber 129 762 im Vorjahr erstellt, mithin 46 411 Wohnungen oder 36 v. H. mehr. Von den 176 173 Wohnungen waren 84,3 v. H. mit Unterstützung aus Hauszinssteuer oder anderen öffentlichen Mitteln erbaut gegen 86,7 v. H. im Jahre 1926. Auf Grund der preussischen Angaben berechnet das Statistische Reichsamt den Reinzugang an Wohnungen im Deutschen Reich — einschließlich der Städte und Gemeinden unter 50 000 Einwohnern — im Jahre 1927 auf rund 270 000.

Vor dem Kriege wurde der Jahresbedarf an Wohnungen auf etwa 200 000 geschätzt und im großen und ganzen durch die private Bautätigkeit gedeckt. Welche Bedeutung dem Wohnungsbau für die deutsche Volkswirtschaft in der Vorkriegszeit zukam, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß das gesamte Baugewerbe im Jahre 1912 einen Umsatz von etwa 6 Milliarden Mark hatte, und daß es darüber hinaus einschließlich der unmittelbar liefernden Industrien etwa 3 Millionen Personen beschäftigte.

Bei der Reichswohnungszählung vom 16. Mai 1927 wurden in Deutschland etwa 1 Million mehr Haushaltungen als Wohnungen festgestellt, während in der Vorkriegszeit die Zahl der Wohnungen größer war als die der Haushaltungen oder mindestens der der Haushaltungen entsprach. Nach der von dem Reichsarbeitsministerium im Dezember 1927 dem Reichstag vorgelegten Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre



**Bekämpfung fehlen in Deutschland heute mindestens 600 000 Wohnungen.** Zu dieser Zahl kommt noch ein jährlicher Zuwachsbedarf von 200 000 Wohnungen, der sich durch die Neugründung von Haushaltungen, Abnutzung alter baufälliger und gesundheitschädlicher Wohnungen usw. ergibt.

Um in absehbarer Zeit aus der Wohnungsnot herauszukommen, müssen jährlich mindestens 250 000 Wohnungen geschaffen werden. Solange der ungeheure Wohnungsmangel nicht gehoben ist und nicht gehoben werden kann, kann die Mieterschutzgesetzgebung nicht entbehrt und die Wohnungswirtschaft nicht beseitigt werden. Für die Mieter aller Stände, nicht nur für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, sondern auch für den ganzen verarmten Mittelstand und die minderbemittelten Bevölkerungskreise überhaupt wäre eine Freigabe der Wohnungen, solange sich nicht Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt einigermaßen ausgleichen, von geradzum katastrophaler Bedeutung. Die meisten hilfsbedürftigen Familien würden überhaupt keine Wohnung mehr finden und der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen.

Eine besonders betrieblende Tatsache ist auch die, daß nach den Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums mindestens 200 000 Haushaltungen und Familien infolge ihrer ungünstigen Einkommens- und Erwerbverhältnisse gar nicht in der Lage sind, eine eigene Wohnung zu mieten, selbst wenn ihnen eine solche zur Verfügung gestellt würde, weil sie dieselbe nicht bezahlen können.

Der Kern der Wohnungsfrage ist die Geldbeschaffungsfrage. In den letzten 2 Jahren sind mehr als 4 1/2 Milliarden *M* in Wohnungsbau angelegt worden. Reich, Länder und Gemeinden haben Steuern- und auch Anleihenmittel in großem Umfang hergegeben, auch seitens der Sparkassen, Hypothekendarlehen und öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten wurde der Wohnungsbau nach Kräften unterstützt. Für die nächsten Jahre sind allein zur Bereitstellung von Wohnungen für den Zuwachs an Haushaltungen mindestens 2 Milliarden Reichsmark jährlich erforderlich. Für 1928 aber stehen nach einer Berechnung des Deutschen Städtetages erst 1,5 Milliarden *M* in Aussicht, womit nur rund 150 000 Wohnungen gebaut werden können. Es wäre im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, insbesondere der Mieter- und Arbeiterschaft, sowie auch des Baugewerbes dringend zu wünschen, daß es den vereinigten Anstrengungen von Reich, Ländern und Gemeinden gelingen möge, die auf dem Kapitalmarkt hinsichtlich der Finanzierung des Wohnungsbaues noch bestehenden Schwierigkeiten in bald zu überwinden und die erforderlichen Mittel in Höhe von 2 1/2 Milliarden *M* zur Durchführung der Wohnungsbauprogramme in dem bisherigen Umfang aufzubringen, um den immer noch vorhandenen großen Wohnungsbedarf zum mindesten in 5 bis 6 Jahren zu decken und die Wohnungswirtschaft endlich abzubauen zu können.

Dr. Ehler, Freiburg i. B.

### Frankreich und der Antikriegspakt

W.A. Paris, 21. März (Tel.). „Matin“ glaubt, daß die französische Antwortnote an Kellogg in der Frage des mehrseitigen Antikriegspaktes wahrscheinlich noch diese Woche übermittelt wird. Briand prüfe zurzeit einen Entwurf, zu dem er aber noch die Ansicht einiger seiner Kollegen im Kabinett einholen wolle, da er nicht bis zum nächsten Kabinettsrat, der am 29. März stattfinden, warten wolle. Nach dem „Matin“ könne als sicher angenommen werden, daß die Antwort positiv sein und eine Annahme der amerikanischen Anregungen bilden werde, vorausgesetzt, daß die beiden Länder über die Vorbehalte einig seien, die das Völkerbündnisstatut in Europa und die Monroe-Doktrin in Amerika erheischen. Wie die „Chicago Tribune“ erfährt, enthält die Note folgende Punkte:

1. Frankreich nimmt die Anregung Kelloggs für einen mehrseitigen Pakt, der alle Kriege, nicht nur die Angriffskriege, beurteilt, an. Frankreich regt eine Formel an, von der es annimmt, daß sie unter Wahrung der Verpflichtungen Frankreichs gegenüber dem Völkerbund auch Washington befriedigen wird.
2. Frankreich wünscht außerdem, daß der Vertrag nicht auf Frankreich, die Vereinigten Staaten, Japan, Deutschland, Italien und Großbritannien beschränkt bleibt, sondern allen Nationen offensteht.
3. Für den Fall, daß eine der Mächte den Vertrag bricht, wünscht Frankreich, daß dadurch ohne weiteres alle anderen Nationen von den Vertragsverpflichtungen wieder befreit werden und daß so den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes erlaubt wird, ihren Völkerbündnisverpflichtungen nachzukommen.

### Die Türkei und der Völkerbund

W.A. London, 21. März (Tel.). Der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraph“ erfährt, daß die türkische Delegation während ihres gegenwärtigen Aufenthaltes in Genf Vorbereitungen treffe, um auf der nächsten Völkerbündnisversammlung einen endgültigen Beitrittsantrag einzureichen. Die Türken würden dabei um einen nichtständigen Ratssitz ersuchen.

**Keine Kilometerhefte bei der Reichsbahn.** In einer Antwort, die die Deutsche Reichsbahngesellschaft, Hauptverwaltung, auf eine Eingabe gibt, teilt die Reichsbahngesellschaft mit, daß sie sich von der Einführung der Kilometerhefte keinen verkehrsbelebenden Erfolg verspricht und nach wie vor auf ihrem früheren Standpunkt steht. Sie habe nicht die Absicht, der Schaffung von Kilometerheften näherzutreten.

**Zunersflugzeuge für Südamerika.** Oberst Henderson entschloß sich, wie aus Johannesburg gemeldet wird, für den von ihm einzurichtenden Passagier- und Frachtdienst zwischen Johannesburg und Kapstadt dreimotorige Zünkers-Ganzmetallflugzeuge zu verwenden. Nach einer Neutermelung haben Zünkers anscheinend Henderson das günstigste Angebot gemacht und sich bereit erklärt, sich mit 30 Proz. an dem Luftdienst zu beteiligen. Der wiederholte Versuch Hendersons, sich die Unterstützung britischer Firmen zu sichern, blieb erfolglos.

### Die Genfer Abrüstungsverhandlungen

Italien, Frankreich, England gegen die russischen Vorschläge. Nachdem in der Dienstag-Sitzung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf sich die Vertreter Italiens und Frankreichs gegen die russischen Abrüstungsvorschläge ausgesprochen hatten, nahm der englische Vertreter, Lord Cusheburn, in einem längeren Referat dazu Stellung und kam gleichfalls zu einer wenn auch umschriebenen Ablehnung. Er empfahl aber die Prüfung en bloc. Ihre Annahme würde nicht nur die Abänderung und Anpassung der nationalen Gesetzgebung an die Abrüstungskonvention, sondern auch die Abänderung des Völkerbündnisstatuts erforderlich machen.

Er glaube, daß bei Prüfung der Vorschläge und im Hinblick auf die heutigen Verhältnisse zunächst andere Fragen als die kategorisch gestellten beantwortet werden müssen, nämlich: Ist der Entwurf praktisch und würdig einer eingehenden Prüfung? und wie ist diese Prüfung vorzunehmen, wenn die russische Delegation es ablehnt, Aufschlüsse zu erteilen? Vor allem sei es notwendig, zu wissen, in welchem Geiste die russische Regierung ihre Vertretung nach Genf geschickt habe, um an den Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses teilzunehmen. Der Völkerbund habe noch keine Hilfe von der sowjetrussischen Regierung erhalten. Ganz im Gegenteil habe diese keine Gelegenheit veräumt, den Völkerbund herabzusetzen und die Abrüstungsarbeiten ins Lächerliche zu ziehen. Wenn, wie früher, erklärt worden sei, die sowjetrussische Delegation nach Genf gekommen sei, um den kapitalistischen Staaten die Waage herabzusetzen, so ersehe man daraus, daß andere Absichten vorhanden sein müssen. In dem vorliegenden Entwurf selbst werde auch nicht mit einem Wort der Völkerbund erwähnt. Diese Tatsache könne nicht anders ausgelegt werden, denn als ein Boykott des Völkerbundes selbst und aller seiner Arbeiten.

Bei seiner Kritik gegen bestimmte Artikel des russischen Entwurfes machte Lord Cusheburn darauf aufmerksam, daß eine Annahme auch die Abänderung des Völkerbündnisstatuts notwendig machen würde. Sei Sowjetrußland bereit, auch den Bürgerkrieg abzuschaffen? Eine weitere Frage sei, ob die sowjetrussische Regierung zur Änderung ihrer bisherigen Politik des bewaffneten Aufstandes in fremden Ländern bereit sei und damit auf jede Einmischung in nationale Angelegenheiten verzichtet wolle. Das eigentliche Ergebnis einer vollständigen Abrüstung sieht Lord Cusheburn darin, daß die großen und wirtschaftlich starken Nationen, die imstande wären, in kürzester Zeit sich wieder zu bewaffnen, den andern gegenüber dauernd die Oberhand erhielten. Schließlich kritisierte Lord Cusheburn an dem russischen Projekt den Umstand, daß für den Fall von direkter oder indirekter Überschreitung seiner Bestimmungen keinerlei Sanktionsmaßnahmen vorgesehen seien. Lord Cusheburn betonte am Schluß, England sei bereit, auf dem in Washington beschrittenen Wege weiterzugehen. Nach ihm kamen auch die Delegierten Japans und Kanadas zu einer Ablehnung der Vorschläge Litwinows.

Die nächste Sitzung des Ausschusses, zu der bereits sieben Medner gemeldet sind, findet heute statt. Litwinow wird Donnerstag seine Generalerklärungen zu den kritischen Einwendungen abgeben.

### Der deutsche Außenhandel in Februar

Der deutsche Außenhandel zeigt im Februar 1928 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 808 Mill. *M* gegen 498 Mill. *M* im Vormonat. Die Einfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 110 Mill. Reichsmark zurückgegangen. Die Lebensmitteleinfuhr zeigt eine Abnahme um 133 Mill. *M*, die Fertigwareneinfuhr um 7 Mill. *M*. Die Rohstoffeinfuhr hat dagegen um 34 Mill. *M* zugenommen und erreicht mit 666 Mill. *M* den höchsten Stand der Nachkriegszeit. Die Ausfuhr zeigt im Februar gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 80 Mill. *M*, wodurch der im Vormonat eingetretene Rückgang nahezu wieder ausgeglichen wird. An der Steigerung sind alle Gruppen beteiligt, am stärksten die Fertigwaren, die eine Ausfuhrzunahme von 58 Mill. *M* aufweisen.

### Die britischen Rheinlandtruppen

Im Verlaufe einer Debatte über einen Antrag Kennworthys auf Verminderung des britischen Heeres am Rhein kritisierte in englischen Unterhaus mehrere Sprecher der Arbeiterpartei dessen Beibehaltung. Der Staatssekretär des Krieges wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß augenblicklich noch 6228 britische Soldaten, einschließlich der 93 Mitglieder des Waghinnsches im Saargebiet, am Rhein stünden, das seien einige hundert Mann unter seiner normalen Stärke. Im übrigen seien die britischen Besatzungstruppen im gegenwärtigen Augenblick in der Stellung, die sie einnehmen, nicht unwillkommen.

Das Unterhaus lehnte schließlich den Antrag Kennworthy mit 222 gegen 129 Stimmen ab.

**Der Reichsfinanzminister und die Landwirtschafpropaganda.** Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat, wie der „Wirtschaftscurier“ meldet, Dienstagabend die Führer des Landbundes zu sich gebeten, um energische Verwahrung dagegen einzulegen, daß die Regierung mit Steuererhöhlungen bedroht und durch ungerechtfertigte Vorwürfe die berechtigten deprimierte Stimmung auf dem Lande zu agitatorischen Zwecken ausgenutzt werde. Die Regierung sei mit dem, was sie für die Landwirtschaft tue, an der Grenze des finanziell Möglichen angelangt. Unter dem Druck der Ankündigung offener Rebellion könnten jedenfalls keine weitergehenden Hilfsmassnahmen beschlossen werden.

**Die Frankfurter Eingemeindungen.** Der preussische Landtag hat ein Gesetz über die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt angenommen. Damit ist nach jahrelangen Verhandlungen die achte Stadterweiterung Frankfurts sanctioniert, und die bisher durch vielfache Interessen mit Frankfurt engverbundenen Gemeinden Höchst, Ried, Griesheim, Sossenheim, Schwannheim und Jeddensheim werden frankfurterisch. Frankfurts Stadtgebiet vergrößert sich von 18 477 Hektar auf 19 463 Hektar, seine Einwohnerzahl wächst von rund 475 000 auf rund 550 000.

**Die amerikanischen Kriegsdokumente.** Das Washingtoner Staatsdepartement veröffentlicht den ersten Band der Kriegsdokumente, der das Jahr 1914 behandelt. Weitere Bände bis 1918 werden folgen. Das Gesamtwerk ist nach dem Vorbild der deutschen und britischen Aktenpublikationen zusammengestellt und bringt eine fast vollständige Wiedergabe aller im Staatsdepartement vorhandenen, den Weltkrieg betreffenden Schriftstücke.

**Keine Änderung der Einwanderungsquote in Amerika.** Der amerikanische Senat nahm die Johnson-Resolution an, die eine Erhöhung der Einwanderungsquote der nationalen Abstammungslaufes des Einwanderungsgesetzes um ein weiteres Jahr vorseht. Durch die Annahme der Resolution bleibt das gegenwärtige Quotenverhältnis unverändert. Der Entwurf geht nunmehr dem Repräsentantenhaus zu.

### Deutscher Reichstag

W.A. Berlin, 20. März. In der fortgeführten zweiten Beratung des Etats wird der Haushalt des Reichstages ohne Aussprache bewilligt. Ein kommunistischer Antrag, wonach den Kellnern des Reichstagsrestaurants auch in den Parlamentsferien das Gehalt fortgezahlt werden soll, wird dem Vorstand des Reichstages zur Vorberatung überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Kriegsschadenschlußgesetzes.

Abg. Buchwig (Soz.) weist darauf hin, daß auf die endgültige Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden 400 000 Geschädigte schon seit Jahren warten. Die meisten würden durch die Ausschussvorlage sehr enttäuscht werden. Die große Zahl der Klein- und Mittelschädigten werde benachteiligt zugunsten der kleinen Zahl der Großgeschädigten. Trotzdem sei es notwendig, ein Schlußgesetz zu machen. Die ungelöste Frage der Liquidations- und Gewaltschäden würde eine dauernde Beunruhigung der Wirtschaft bleiben. Der Medner verlangt eine Kürzung der Beträge für die Großgeschädigten, damit die Varentschädigung auf 10 000 *M* erhöht werden könne. Seine Freunde könnten der Ausschussvorlage nicht zustimmen.

Abg. Dr. Schneider-Thüringen (Dnt.) betont, die Entente habe den völkerrechtlichen Raub des Privateigentums der National- und Auslandsdeutschen verschleiern wollen mit der Feststellung der Entschädigungspflicht des Reiches. Sie habe aber dem Reich nicht die Möglichkeit zur Erfüllung dieser Pflicht gegeben. Die von der Regierung vorgebrachten reparationspolitischen Bedenken seien aber nicht von allen Ausschussmitgliedern geteilt worden.

Bei den Geschädigten werde der Eindruck entstehen, daß in gewissen Kreisen die Erfüllungsbereitschaft nach außen größer sei, als den eigenen Volksgenossen gegenüber. Wenn trotz aller dieser Bedenken die Deutschnationalen der Vorlage zustimmen, so seien sie dazu veranlaßt, durch die Zwangslage in die die Regierungstriften den Reichstag gebracht habe. Den Geschädigten werde nur zwar wenig, aber das wenige schnell gegeben.

Abg. Dr. Schetter (Zentr.): Die drückende Schuldenlast des Reiches mache ein Schlußgesetz notwendig. Wenn die Parteien eine Zwischenschlichtung mit Vorsehungsbereitschaft verlangten, dann hätte die Gefahr eines Scheiterns des ganzen Gesetzes bestanden. Diese Gefahr und das Bestreben, den nun schon jahrelang wartenden Geschädigten endlich Hilfe zu bringen, hätte die Mehrheit des Ausschusses bewogen, die erheblich verbesserte, wenn auch immer noch unbefriedigende neue Vorlage anzunehmen. Der Rechtsanspruch auf volle Entschädigung sei damit erfüllt. Aber auch die übrigen Gläubiger des Reiches hätten sich große Absätze gefallen lassen müssen.

Abg. Dausch (D. Sp.): Wenn England heute so eifrig den Bolschewismus bekämpft, so müsse daran erinnert werden, daß England als erster Staat Privateigentum in Staatseigentum verwandelt und damit Bolschewismus getrieben hat. Leider habe die Regierung auch den Vorschlag der Regierungsparteien auf Einführung eines Besserungsscheines abgelehnt. Angesichts der durch die Regierungstriften entstandenen Zwangslage könne den Geschädigten die notwendige schnelle Hilfe nur gebracht werden durch die Annahme des jetzt vorliegenden Ausschussentwurfs. Die Arbeitsgemeinschaft habe selbst in einem Brief diesen Standpunkt angenommen und damit erst die Aufnahme des Gesetzes in das Vorprogramm ermöglicht.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) bezeichnet die Verhandlungen über dieses Gesetz als eine Folge von Grabreden vor eingetragten Hoffnungen, Rechten und Aufgaben. Die Zufügung der innerdeutschen Erzeugung dürfe uns aber nicht vergessen lassen, daß die Quelle von Not und Unrecht in dem einseitigen Raub der fremden Mächte ruht. Völlig unbefriedigt sei die Lösung der Wertpapierfrage. Der Medner begründete erneut Anträge, die eine allgemeine Verbesserungsklausel in das Gesetz aufnehmen wolle.

Abg. Jadasch (Komm.) bezeichnet das Gesetz als einen weiteren Versuch, die Kleinen auszupowern und die Großen zu bereichern.

Gegen 19 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 14 Uhr, vertagt. Außerdem steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung der Gefrierfleischvorlage und die erste Beratung einer Novelle zum Tabaksteuergesetz.

### Kurze Nachrichten

**Die Verhandlungen über das Mehrarbeitsabkommen im Ruhrbergbau sind ergebnislos verlaufen.**

**Erhöhung der evang. Kirchensteuer in Berlin.** Die Berliner Stadtsynode beschloß sich zu einer Erhöhung der Kirchensteuer von 8 auf 11 vom Hundert der Einkommensteuer.

**Cooldige für weitere Finanzierung Österreichs.** Präsident Coolidge sandte eine Botschaft an den amerikanischen Kongress in der der Wunsch Österreichs, seine gegenwärtigen Auslandsverpflichtungen zwecks Inangriffnahme weiterer Finanzierung zu fundieren, warm befürwortet wird. Die Regierungsbill schlägt die gleichen Bedingungen vor, wie die, die bei der Regelung der Schulden der Alliierten vereinbart wurden.

**Die Ermordung des Faschisten Savorelli.** In Dirschfelden bei Basel wurde gestern unter dem Verdacht der Beteiligung an der Ermordung des Faschisten Savorelli in Paris der Journalist Kavanagh verhaftet.

**Indianeraufstand in Ecuador.** 5000 aufständische Indianer zogen in Ecuador plündernd umher und vernichteten die Ernte.

### Verschiedenes

**Schweres Unglück auf einer Braunkohlengrube.** W.A. Rüdernberg bei Liebenwerda, 21. März, (Tel.) Heute vormittag um die 10. Stunde stürzte infolge des heftigen Sturmes die bei der Braunkohlen- und Zementindustrie A.-G. im Bau befindliche Abraumförderbrücke zusammen. Bisher sind 11 Tote geborgen. Die Zahl der Schwerverletzten wird mit sieben angegeben. Man nimmt an, daß sämtliche Opfer gefunden sind.

**Ein Tropfsteinhöhle im Vogtland.** W.A. Plauen, 21. März, (Tel.) Bei Steinbrucharbeiten in Schrau entdeckte der Bruchmeister Unbeutisch eine Höhle, die Tropfsteingebilde, unterirdische Schwämme, Wasserläufe und Seen enthält. Gestern wurde die Höhle durch den Geologen Prof. Weiske aus Plauen untersucht, der feststellte, daß es sich um einen Schlenker handelt, der zu den schönsten in Deutschland gehört. Die Höhle liegt unweit des Flugplatzes Plauen. Sie ist schalenweise 110 Meter lang und 40-50 Meter breit.



# Badischer Teil

## Besoldungszahlung an die bad. Beamten

Dem Vernehmen nach soll die Nachzahlung aus der Besoldungserhöhung für die zurückliegende Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. März 1928 an die badischen Beamten auf Ende des Monats März vollzogen werden. Da der Personalanhang zum Staatsvoranschlag vom Landtag vorher nicht verabschiedet werden kann, sollen die Bezüge aller Beamten, deren neue Besoldungsgruppe nicht ausdrücklich in der Besoldungsordnung festgelegt ist, einstweilen unter Zugrundelegung der Sätze der unteren für sie in Betracht kommenden Normalgruppe berechnet werden. Die Zustimmung des Haushaltsausschusses des badischen Landtages zu dieser Maßnahme ist erfolgt.

Die Rassen werden die Aprilbezüge auf Ende März im allgemeinen noch nach den alten Sätzen auszahlen und die Nachzahlung für den Monat April auf Ende April mit den Märzbezügen vollziehen.

## Veränderung beim Reichsgericht

Auf 1. Juni d. J. wird der aus dem badischen Justizdienst hervorgegangene Reichsgerichtsrat Dr. Ernst Seydewitz infolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand treten. Damit wird ein verdienter Richter badischer Abstammung aus dem Reichsgericht ausscheiden. Reichsgerichtsrat Dr. Seydewitz ist 1860 in Kork geboren. 1883 und 1887 legte er mit besonderem Erfolg die beiden juristischen Prüfungen ab; bereits 1889 wurde er zum Amtsrichter in Offenburg ernannt, 1893 zum Oberamtsrichter befördert. Von 1894 an war er jeweils 2 Jahre als Landgerichtsrat in Offenburg, Konstanz und Karlsruhe tätig, und schon 13 Jahre nach seinem zweiten Examen erfolgte seine Ernennung zum Oberlandesgerichtsrat. Dem höchsten badischen Gerichtshof gehörte er etwa 8 Jahre an; seit 1906 war er auch Mitglied des Kompetenzgerichtshofs.

Im Oktober 1908 wurde er als Richter zum Reichsgericht berufen. Seine volle 20 Jahre war es ihm vergönnt, dort im Dienst des Rechts zu wirken. Dabei hat er sich allezeit eine treue Liebe zur badischen Heimat bewahrt, um deren Rechtspflege er sich wertvolle Verdienste erworb. Aus einem arbeitsreichen Berufsleben tritt er nun zurück, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Die badische Juristenchaft wünscht dem tüchtigen Richter einen sonnigen Lebensabend im wohlverdienten Ruhestand.

## Badischer Landtag

### Der Haushaltsauschuss

beschäftigte sich am Dienstag mit dem Etat des Finanzministeriums. Berichterstatter Abg. Seibert.

Finanzminister Dr. Schmitt gibt zunächst über verschiedene Fragen Auskunft. Die Regierung habe in Verbindung mit den übrigen süddeutschen Ländern mit der Reichsfinanzverwaltung, mit der Post und der Eisenbahn Verhandlungen geführt, daß freierwerbende Gelder möglichst in Baden angelegt werden. Man habe sich prinzipiell dagegen gewehrt, daß alles Geld nach Berlin fliehe.

Man wolle in Baden keine Zwangs-Beamtenkrankenasse einrichten, weil das Risiko für den Staat zu groß sei. Dann würde die Gründung einer solchen Kasse der Verwaltung auch vermehrte Arbeit bringen. Man solle den Genossenschaftsgedanken dadurch zu stärken suchen, daß man den Hilfskassen der Beamten für jedes Mitglied etwa 10 M jährlich gebe und für besondere Fälle 5 M pro Kopf zurückbehalte. Zurzeit wären von 18 000 badischen Beamten und Lehrern nur 12 500 in Krankenversicherungen. — Aus der Debatte ging hervor, daß die Zwangskasse einstimmig abgelehnt, und daß nur in Baden vertretene Rassen in eine etwaige Vereinbarung einbezogen werden sollen.

Es sei noch zweifelhaft, ob das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer für Länder und Gemeinden komme. Es bestünde zwar eine gesetzliche Bestimmung, wonach das Zuschlagsrecht auf 1. April gewährt werde. Doch sei anzunehmen, daß sich das Reich nach den Wahlen sich noch einmal mit dieser Frage befaße.

Beim Titel Steuerverwaltung sind an Überweisungen des Reiches aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie aus der Umsatzsteuer an Einnahmen 98 481 000 M vorgesehen. Die Überweisung aus der Grundsteuer ist mit 1,8 Millionen M eingesezt. Von sozialdemokratischer Seite wird hier die Einführung einer allgemeinen Wertzuwachssteuer verlangt, da die Grundstückspreise sehr erheblich gestiegen seien. Nachstehender Antrag fand einstimmig Annahme: „Der Haushaltsauschuss beantragt, die Landesregierung zu eruchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in den Fällen, in denen sich durch den Anstieg von Grundvermehrungen beim Austausch von landwirtschaftlichen Grundstücken unter Landwirten zur Verbesserung der Bewirtschaftung Gärten ergeben, von dem § 108 der Reichs-Abgabenordnung weitgehend Gebrauch gemacht wird.“

Bei der Kraftfahrzeugsteuer wird mit einer Überweisung von 5 467 000 M gerechnet. Wie der Minister feststellt, ist der Aufwand des Staates für die Landstraßen wesentlich höher, wie die staatlichen Einnahmen aus der Autosteuer.

Beim Titel „Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb“ sind als Einnahmen 33,7 Mill. M angenommen. Es sollen erhoben werden vom Grundvermögen 68,7 Prozent = 25,9 Mill., vom Betriebsvermögen 12,47 Prozent = 4,7 Mill. M und vom Gewerbebetrieb 18,83 Prozent = 7,1 Mill. M. An dem Gesamteinnahmenbetrag von 37,7 Millionen sind für zu erlässende und niederschlagende Steuererträge 4 Millionen eingesezt, so daß 33,7 Millionen als Einnahmen verbleiben.

Es knüpft sich daran eine allgemeine Steuerdebatte. Besonders wurde die Möglichkeit einer Steuerentlastung, insbesondere zugunsten des Grundvermögens, betont. Der Minister befürchtet eine zu starke Inanspruchnahme des Gewerbebeitrages. Ein Zentrumsredner hält es für verfrüht, zurzeit von einer Steuerentlastung zu sprechen. Man müsse zuerst die Höhe des Personalaufwandes und das Ergebnis der Budgetberatungen abwarten. Die Volkspartei habe bisher immer die Interessen der Großindustrie vertreten. Durch eine Erfüllung der liberalen Wünsche würde das Handwerk noch mehr belastet werden. Vor allem müsse der gewerbliche Mittelstand entlastet werden. Klage wurde erhoben, über ein zu rigoroses Vorgehen einzelner Finanzämter beim Steuerertrag. Auf die Frage über die derzeitigen Steuerstände in Baden wurde regierungsfreudig geantwortet, daß

die Steuern normal eingehen. Von einem Zentrumsabgeordneten werden die umfangreichen und komplizierten Fragebogen der Finanzbehörden bemängelt. Regierungsfreudig wird bemängelt, daß ein großer Teil der badischen Landwirte (75 Prozent) einkommensteuerfrei sei. Auch 70 Prozent der Gewerbetreibenden seien nicht ertragsteuerpflichtig. Ein Landtagsabgeordneter betont, daß auch der Großgrundbesitz notleidet. Gehe der Großgrundbesitz zugrunde, so leide auch der Kleinbauer.

In der weiteren Aussprache wurde auch die Heranziehung von Ärzten, Rechtsanwälten, Zahnärzten, Dentisten usw. zur Gewerbebeitragssteuer erwähnt. Von Seiten des Zentrums wurde eine Klärung verlangt. Es müsse unbedingt eine einheitliche Linie gesucht werden.

## Wem gilt die Sammlung?

Wenn am kommenden Sonntag, den 25. März, in ganz Baden, in Dorf und Stadt, für ein großes Hilfs- und Liebeswerk gesammelt wird, dann gehe keiner gleichgültig und mittellos an den Sammelbüchern vorüber. Es sind die badischen Laubstücken, in deren Namen an diesem Tage an den Opferstimm aller gefunden und darum glücklicheren Menschen appelliert wird. Ihnen, den vom Schicksal so schwer Betroffenen soll ein Heim errichtet werden, in dem sie zu befriedigender Arbeit herangebildet werden, in dem sie im Alter eine Zuflucht finden. Laßt also am Sonntag Euer Mitgefühl für die Tauben und Stammen zur Tat werden und gebt eine Spende für ihr Heim Bruggthalen!

## Lohnbewegungen in Baden

Die badischen Gemeindearbeiter haben ihren Tarif, der am 31. März 1928 abläuft, durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter kündigen lassen. Sie verlangen einen Lohnausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit und darüber hinaus Lohnzulagen, die den Teuerungszuständen entsprechen. Auch die Staatsarbeiter haben ihren Tarif gekündigt und verlangen eine Arbeitszeit von 48 Stunden sowie Erhöhung des Lohnes um 20 Proz. Es kommen zirka 8500 Gemeinde- und Staatsarbeiter in Frage.

## Aus der Landeshauptstadt

Weltausstellung in Karlsruhe. Für die Zeit vom 30. Juni bis 15. Juli findet in der Karlsruher Ausstellungshalle eine große Weltausstellung statt. Im Anschluß an die Ausstellung hält die Reichsruher Ortsgruppe des Bayervereins „Weiß-Blau“ ihre Jubiläumsfeier am 30. Juni und 1. Juli ab. Für den 1. Juli ist ein Festzug durch die Straßen der Stadt vorgesehen. Die Weltausstellung soll einen Einblick in das kulturelle, künstlerische und wirtschaftliche Leben unseres linksrheinischen Nachbargebiets geben.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern vorwiegend wolkenloses Wetter. Die bisher scharf ausgeprägte Grenze zwischen kontinentaler Kaltluft mit wolkenlosem Wetter und feuchter Wärmeluft mit Bewölkung hat heute Nacht von Südwesten her Rheinebene und Schwarzwald erreicht und Bewölkung mit schwachen Schneefällen herbeigeführt, während Nordbaden langamer eingetrübt wird. Ein stärkeres Fallen über Mitteleuropa wird uns auch morgen härtere Bewölkung und Niederschläge bringen. Voraussage für 22. März: Vielfach wolfig und zeitweise Niederschläge mit leichter Erwärmung, südwestliche Luftzufuhr.

## Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 21. März. Gestern vormittag sind die Arbeitsgeräte zur Bodenuntersuchung für die Pfeiler der neuen Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen aufgestellt worden. Ausführende Firma ist bekanntlich Grün & Bilfinger; in Speyer wurden die Vorarbeiten für die dortige Brücke bereits am Freitag angefangen. Die Bohrungen müssen mit größter Beschleunigung durchgeführt werden; Erdtermin ist der 15. April 1928.

D3. Schwetzingen, 20. März. Auch in diesem Jahre wird das beliebte Schwetzingener Spargelfest, und zwar am Sonntag nach Pfingsten, am 3. Juni, gefeiert.

D3. Oberweier (Ami Achern), 20. März. Im Alter von 71 Jahren ist hier Altbürgermeister Karl Reith gestorben. Sein Wirken als Bürgermeister fiel in die Kriegs- und Inflationsjahre, in denen er pflichtgetreu seines Amtes wallete. Mit ihm wird ein Etüd. Ortsgeschichte zu Grabe getragen.

W3. Freiburg i. Br., 20. März. Heute abend gegen 6.40 Uhr, wurde in Freiburg und Umgebung ein leichter Erdstöß wahrgenommen, der von verhältnismäßig starkem, dennoch ähnlichem Rollen begleitet war. Das Rollen kam aus südlicher Richtung.

W3. Freiburg, 21. März. Eine neueste Verordnung, welche die Stadt im Einzelnen mit der Polizeidirektion erläßt, verbietet das in letzter Zeit immer mehr in Schwung gekommene Umhertragen oder Umhersuchen von Kleinfeldern und Kleinfeldern innerhalb der Stadt. Von dem Verbot werden vorzugsweise die Kinos und Kaffeehäuser betroffen. Gleichzeitig ist auch die Verteilung von Kleinfeldzetteln jeder Art auf den öffentlichen Plätzen und den Straßen verboten worden. Ausgenommen davon sind nur Stimmzettel und Wahlaufrufe.

## Bandel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	21. März		20. März	
	Geld	Devis	Geld	Devis
Amsterdam 100 G.	168.21	168.55	168.18	168.52
Kopenhagen 100 Kr.	112.01	112.23	111.97	112.19
Stapel . . . 100 L.	22.07	22.11	22.065	22.105
London . . . 1 Pf.	20.393	20.433	20.39	20.53
New York . . . 1 D.	4.1770	4.1850	4.1765	4.1845
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.465	80.625	80.43	80.59
Wien 100 Schilling	58.77	58.89	58.78	58.90
Prag . . . 100 Kr.	12.379	12.399	12.379	12.399

Handels- und Gewerbebank A.-G. Karlsruhe. In der Generalversammlung wurden die Regularien genehmigt, die Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von 8 Prozent beschlossen und an Stelle der ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates die Herren Ministerialrat Dr. Hans Barning und Dr. Georg Rodtge neu gewählt.

Einiger A.-G., Karlsruhe-Grünwinkel. In der ordentlichen Generalversammlung waren 16 Aktionäre, die 51 661 Stimmen vertraten, anwesend. Die Regularien wurden genehmigt und die Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von 10 Proz. auf die umgetauschten Aktien einstimmig beschlossen.

W3. Boveri & Co., A.-G., Mannheim. Nach dem jetzt vorliegenden Bericht über das Geschäftsjahr 1927 hat es in allen Teilen befriedigt. Die der Gesellschaft angegliederten und befreundeten Betriebe haben im vergangenen Jahr befriedigend gearbeitet und ihren Umsatz zum Teil wesentlich gesteigert. Die Bilanzsumme per 31. Dezember 1927 hat sich, obwohl in dem Aktientkapital (15 Millionen Reichsmark) keine Veränderung eingetreten ist, von 88,47 Millionen Reichsmark auf 93,09 Millionen Reichsmark erhöht. Der auf den 30. März einberufenen Generalversammlung wird vorgeschlagen, die von der Gesellschaft im Mai 1926 an die Altbesitzgläubiger auf ihre Teilschuldensverreibungen vom Jahre 1907 und 1914 ausgegebenen Genüchrechtsurkunden durch Verabfolgung zu tilgen. Das Aktientkapital der Gesellschaft soll um 10 Millionen Reichsmark erhöht werden. Auf eigenen Wunsch scheiden aus dem Aufsichtsrat aus: Geheimrat Dr. Eduard Bloch und Georg Bohner. Aus dem Reingewinn von 1 466 542 Reichsmark soll bekanntlich auf die Stammaktien eine Dividende von 9 Prozent (8 Prozent) verteilt werden, während zum Vortrag 20 555 M (26 847 M) verbleiben.

Rheinische Creditbank Mannheim. Der Jahresabschluss der Rheinischen Creditbank Mannheim ergibt im Vergleich zu den Bilanzfiguren gegenüber dem Vorjahre durchweg das erfreuliche Bild von einem weiteren stärkeren Anwachsen des Geschäftes. Die Bilanzsumme ist von 190,8 Millionen M auf 238,1 Millionen M gestiegen. Der Reingewinn einschl. des Vortrages aus dem Vorjahre von 121 182 M beträgt 2 565 461 Millionen M. Davon sind seltungsgemäß 4 Proz. auf das Aktientkapital von 24 Millionen M abzugeben mit 960 000 M, so daß 1 605 461 M verbleiben, über deren Verwendung der Aufsichtsrat vorschlägt, auf Bankgebäude und sonstige Immobilien 150 000 M abzuschreiben, der Pensionskasse 75 000 M zu überweisen, der Debitoren-Rezerve 175 000 M zuzuführen, und von den verbleibenden 1 205 461 M die seltungsmäßigen Gewinnanteile für den Aufsichtsrat und die ständige Kommission in Wägen zu bringen mit 124 050 M, als Superdividende 4 Prozent gleich 960 000 M zu verteilen und den Rest von 124 431 M auf neue Rechnung vorzutragen.

Bereinigte deutsche Maschinenfabrik Mannheim. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die vorgelegte Bilanz und erteilte Entlastung. Aus dem Reingewinn von 683 561 M werden der ordentlichen Reserve 19 094 M zugeführt. Auf das 6,8 Millionen Reichsmark betragende Aktientkapital wird wieder eine Dividende von 5 Prozent verteilt. Auf neue Rechnung werden 324 408 M vorgetragen. Im abgelaufenen Jahre haben weitere Vergrößerungen der Betriebsanlagen stattgefunden. Die Umsätze haben sich bemerkenswert gesteigert.

## Verschiedenes

### Winterwetter in Italien

W3. Rom, 21. März. (Tel.) In Toscana herrscht wieder Winterwetter. Auf den Bergen liegt Schnee, das Thermometer zeigt 5 Grad unter Null. Aus Triest berichten die Blätter über einen schweren Sturm, der schon seit elf Tagen wütet. Auch dort ist die Temperatur stark gesunken. In Rom weht seit einigen Tagen kalter Wind, aus Süditalien wird anhaltender Regen gemeldet.

### Die Ursache der Staudammkatastrophe in Kalifornien

W3. Los Angeles, 21. März. (Tel.) Einige der Ursachen der Staudammkatastrophe unterzuchten Beamten wollen Spuren eines Dynamitanschlags gefunden haben. Angeblich soll eine in der Nähe der Unglücksstelle aufgefundenen Kartenplatte den bei früheren Explosionen entdeckten Stützen außerordentlich ähneln.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

Vereinigung der Gemeinde Dös mit der Stadt Baden. Mit Entschluß vom 20. März 1928 wurde den übereinstimmenden Beschlüssen der Stadt Baden und der Gemeinde Dös über die Vereinigung der Gemeinde Dös mit der Stadt Baden zu einer einfachen Gemeinde mit Wirkung vom 1. April 1928 auf Grund des § 4 Abs. 1 G.O. die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 20. März 1928.

Der Minister des Innern

Remmele

### Bekanntmachung

Nr. 23515. Nachdem durch den Vorstand des Deutschen Roten Kreuzes der Rotkreuztag vom Sonntag, den 13. Mai, auf den Sonntag, den 7. Oktober 1928, verlegt worden ist, wird die mit Erlaß vom 29. Februar 1928 (Karlsruher Zeitung vom 6. März 1928, Nr. 56) dem Badischen Landesverein vom Roten Kreuz und seinen Unterorganisationen erteilte Sammlungs-erlaubnis dahin abgeändert, daß sie nunmehr für Sonntag, den 7. Okt. 1928 und die anschließende Woche (bis 14. Oktober 1928 einschließlich) in der in dem genannten Erlaß bezeichneten Weise gilt.

Karlsruhe, den 19. März 1928.

Der Minister des Innern

F. B.: Föhrenbach

### Bekanntmachung

Als Sachverständige für die Prüfung der Kraftfahrzeuge und ihrer Führer werden der Regierungsbaumeister Emil Berger aus Bessenthal und der Diplomingenieur Hans Uhllein aus Raing amtlich anerkannt.

Karlsruhe, den 20. März 1928.

Der Minister des Innern

F. B.: Föhrenbach.

Fahrplanänderung. Der ab 1. April in den Zügen D 77/45 und D 46/78 vorgesehene Schlafwagen Baden-Baden-Berlin Schlef. W. verkehrt nunmehr ab Frankfurt a. M. in den Zügen D 1/2 bis und ab Berlin Anb. W. Erstmöglicher Abgang in Berlin Anb. W. Nacht 1/2 April und in Baden-Baden Nacht 2/8 April.

## Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern. Zurückgesetzt auf Ansuchen: Gendarmeriekommissär Gottlieb Doffert in Karlsruhe, Gendarmeriekommissär Karl Mattmüller in Rastatt, Gendarmerieoberwachmeister Franz Heinrich Holz in Freudenberg, Gendarmerieoberwachmeister Benzenlaus Haber in Weingarten.

### Ministerium der Finanzen

#### Bericht:

Fürster Josef Kiefer in Untermluten — Fortbezug Schönan 4. B. — nach Schönen — Fortbezug Madolfzell.



# Kleider- u. Seiden-STOFFE

für das Frühjahr

Kasha-Melange reine Wolle, aparte Modifarben . . . . .	Meter	2.75
Papillon-Schotten neue Ausmusterung . . . . .	Meter	1.95
Composé-Neuheiten aparte Karos und Streifen . . . . .	Meter 6.50. 4.50	3.25
Kasha-Noppé 100 cm breit, reine Wolle . . . . .	Meter	4.25
Bordüren-Stoffe 125 cm breit, reine Wolle . . . . .	Meter	5.50
Mantel-Stoffe 130 cm breit, reine Wolle . . . . .	Meter	4.50
Kostüm-Stoffe engl. Geschmack, für Sport und Reise, 140 cm breit . . . . .	Meter	6.50
Shetland-Melange in Pastellfarben, 130 cm breit . . . . .	Meter	7.50
Kasha-Natté elegante Mantelware, aparte Modifarben 140 cm breit . . . . .	Meter	8.00
Tailor-made-Stoffe reine Wolle, für Mantel und Kostüme, Meter 12.00, 10.50		8.00

Dienstag bis Samstag!

Waschkunstseide in aparten neuen Mustern . . . . .	Meter 2.25, 1.75	1.45
Rohseide bedruckt, in schönen Kleidermustern . . . . .	Meter 4,25	2.75
Kunstseiden-Crêpe de Chine bedruckt, waschecht, in neuesten Mustern, für duftige Frühjahrskleider, 100 cm breit . . . . .	Meter 6,00	3.75
Crêpe Georgette reine Seide, 100 cm breit, in aparten Modifarben . . . . .	Meter 10,50	6.50
Crêpe de Chine schwere Kleiderware, 100 cm breit, unsere Spezialqualität, in vielen Modifarben . . . . .	Meter	7.50
Veloutine Wolle mit Seide, 100 cm breit, elegante weichfließende Qualität . . . . .	Meter	9.50
Crêpe Satin von der Mode bevorzugt, 100 cm breit, aparte Frühjahrsfarben . . . . .	Meter	13.50
Seidenstoffe gemustert, in neuzeitlichem Geschmack, in Crêpe de Chine und Crêpe Georgette, 100 cm breit . . . . .	Meter 15,00, 10,50	7.50
Bordüren-Crêpe de Chine für elegante Nachmittagskleider 130 cm breit . . . . .	Meter	19.50
Kleiderseide „Record“ 90 cm breit, großes Farbensortiment Meter		3.95

1 Posten Waschseide „Verana“ 1.95  
aparte Streifen u. Karos, für Kleider, Wäsche, Schlafanzüge Mtr.

# KNOPF

Städtische Sparkasse Bühl (Baden).

Bilanz auf den 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand . . . . .	23 964,78	1. Einlagen:	
2. Guthaben bei Banken und Postsparkasse . . . . .	26 381,89	a) Spareinlagen . . . . .	2 652 938,47
3. Wechsel . . . . .	20 877,99	b) Giro- und Kontokorrenteinzahlungen . . . . .	446 204,77
4. Wertpapiere (Kurswert) . . . . .	92 176,—	2. Anleihen (Reichs- und Landes-) . . . . .	3 099 143,24
5. Kontokorrent-Debitoren . . . . .	1 095 364,95	3. Bankschulden in laufender Rechnung . . . . .	4 797,36
6. Hypothekendarlehen . . . . .	1 512 104,48	4. Lombardkredite . . . . .	159 100,—
7. Schuldschein-Darlehen . . . . .	161 123,27	5. Vorausgehobene Zinsen . . . . .	306,40
8. Darlehen an Gemeinden . . . . .	464 533,76	6. Rücklagen . . . . .	133 147,64
9. Betriebskapitalanteil bei der Girozentrale . . . . .	110 500,—	7. Reingewinn I. Jahre 1927 . . . . .	63 801,38
10. Inventar . . . . .	2 000,—	8. Aufwertungseinlagen . . . . .	987 176,21
11. Rückständige Zinsen . . . . .	57 242,63		
12. Aufwertungsforderungen . . . . .	815 333,95		
13. Rückständ. Aufwertungszinsen . . . . .	12 908,09		
14. Fehlbetrag zur Aufwertungsmaße . . . . .	63 924,05		
	4 458 472,23		4 458 472,23

Gewinn- und Verlustrechnung.

Ausgaben.	RM	Einnahmen.	RM
1. Ausbezahlte und kapitalisierte Zinsen . . . . .	172 480,49	1. Vereinnahmte Zinsen . . . . .	260 918,96
2. Verwaltungskosten . . . . .	45 222,82	2. Rückständige Zinsen . . . . .	57 242,63
3. Vorausgehobene Zinsen d. Jahre 1928 . . . . .	306,40	3. Sonstige Einnahmen . . . . .	5 722,66
4. Rückständige Zinsen vom Jahre 1926 . . . . .	35 536,96	4. Im Jahre 1926 vorausgehobene Zinsen . . . . .	325,90
5. Abschreibung am Inventar . . . . .	3 901,80	5. Zugang an Inventar . . . . .	1 901,80
6. Kursverlust an Wertpapieren . . . . .	4 762,10		
7. Reingewinn . . . . .	63 801,38		
	326 111,95		326 111,95

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat 5% aus 3 099 143,24 RM Einlegerguthaben = 154 957,15 RM zu betragen. Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 unter Zuzugung von RM 23 801,38 vom Reingewinn für 1927 . . . . . 156 949,02 RM somit mehr . . . . . 1 991,87 RM

Bühl, den 16. März 1928.  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:  
Dr. Grüninger, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:  
Wiedenborn, Direktor.

**Nehmen Sie** bitte bei allen Einläufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Die Gleichstellung eines Teiles der abgeordneten Gemartung Karlsruhe-Gardt (hauptsächlich Gebiet der Sportplätze) mit dem Stadtbezirk Karlsruhe hinsichtlich des Gewerbebetriebs im Umherziehen.

Gemäß § 55 Abs. 1 der Gewerbeordnung und § 52 der Vollzugsverordnung zur Gewerbeordnung ergeht nach Anhörung der beteiligten Gemeindebehörden und des Bezirksrats folgende

Anordnung:

Der an die Stadt Karlsruhe angrenzende Teil der abgeordneten Gemartung Karlsruhe-Gardt wird bis zur Mittheilung der Querschnitte und den Gemeindegrenzen von Zeuschneureut, Welschneureut und Ameltingen hinsichtlich aller im § 55 Abs. 1 Ziffer 1—4 Gewerbeordnung bezeichneten Arten des Gewerbebetriebs im Umherziehen dem Stadtbezirk Karlsruhe gleichgestellt.

Die Anordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den öffentlichen Tageszeitungen in Kraft und hat Gültigkeit bis zur Aufhebung der abgeordneten Gemartung Karlsruhe-Gardt.

Die im Stadtbezirk Karlsruhe wohnhaften Gewerbetreibenden sind demnach befugt, in dem oben bezeichneten Gebiet der abgeordneten Gemartung Karlsruhe-Gardt alle in Ziffer 1—4 des § 55 der Gewerbeordnung angeführten gewerblichen Verrichtungen im Umherziehen ohne den Besitz eines Wandergewerbezeichens vorzunehmen.

Karlsruhe, den 15. März 1928. D.-Z. 21  
Städtisches Bezirksamt — Abt. IV.

Freihändler 1928: 5400 fm Nadelstammholz, vorwiegend III.—VI. Klasse, Los-Forstamt Gerrenwies in der Gemarkung Forstbach (Baden). Donnerstag, den 29. März 1928, Forstamt (Betriebs-Forstbach 15). M. 762

## Städtische Sparkasse Rastatt.

Öffentlich-rechtliche Spar- und Kreditanstalt — Gegründet 1838 —  
Altestes Geldinstitut von Stadt und Bezirk Rastatt.

Bilanz am 31. Dezember 1927.

A. Vermögen	RM	B. Schulden	RM
1. Kassenbestand am 31. Dezember 1927 . . . . .	11 904,82	1. Spareinlagen:	
2. Kapitalien und zwar:		a) auf RM-Konten . . . . .	3 018 956,59
a) Bankguthaben . . . . .	105 653,35	b) auf Aufwertungskonten . . . . .	2 147 300,28
b) Wechsel . . . . .	65 260,66	2. Scheck- und Giroeinlagen . . . . .	939 743,48
c) Wertpapiere (Kurswert am 31. 12. 27) . . . . .	46 513,45	Kreditoren auf Kontokorrentkonten . . . . .	55 811,31
d) Darlehen in laufender Rechnung 878 147,61		3. Kapitalschulden . . . . .	
Debitoren auf Girokonten 6 292,55	884 440,16	4. Rücklagen:	
e) Schuldscheindarlehen an Private . . . . .	225 568,50	a) gesetzlicher Reservefond von früheren Jahren . . . . .	22 728,30
f) Lombarddarlehen . . . . .	14 900,—	b) Sonderrücklagen:	
g) übernommene Kaufschillinge . . . . .	1 355,—	1. von früheren Jahren: 40 000,—	
h) Gemeindepfandbriefe . . . . .	396 700,—	2. vom laufenden Jahre 40 000,—	80 000,—
i) Darlehen a. Hypotheken bei der Girozentrale Rastatt . . . . .	2 396 030,—	5. Restreingewinn 1927 . . . . .	13 850,—
k) Darlehen m. besonderer Staatsgenehmigung . . . . .	100 000,—	6. Weitergegebene Wechsel . . . . .	183 585,18
l) Gerätschaften . . . . .	1,—	7. Abale (Bürgschaften) . . . . .	5 200,—
m) Gebäude . . . . .	20 000,—		
n) Einnahme-Rückstände . . . . .	2 077,43		
o) Aufwertungsforderungen — Kennbetrag — . . . . .	1 755 226,96		
p) Fehlbetrag zur 18% prozentigen Einlageaufwertung nach Abzug der bereits bar bezahlten Forderungen . . . . .	205 856,79		
3. Weitergegebene Wechsel . . . . .	183 585,18		
4. Abale (Bürgschaften) . . . . .	5 200,—		
Summe des Vermögens	6 288 390,26	Summe der Schulden	6 288 390,26

Berechnung der Sicherheitsrücklage.

Die Rücklagen sollen laut § 17 der Satzung 10 vom Hundert der gesamten Reichsmark-Guthaben der Einleger betragen, mithin aus 4 014 511,68 RM = 401 451,17 RM vorhanden sind als Reinerlöse . . . . . 116 178,30 RM und nach Abzug der Sonderrücklagen von . . . . . 80 000,— „ noch . . . . . 36 178,30 RM

es fehlen somit bis zur satzungsmäßigen Höhe . . . . . 364 872,87 RM Rastatt, den 15. Februar 1928. M. 766

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:  
Renner.

Der Geschäftsleiter:  
Kuhn.

## Öffentliche Sparkasse Waiblingen

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Soll.	RM	Haben.	RM
1. Kassenbestand . . . . .	7 081,16	1. Spareinlagen . . . . .	197 211,77
2. Postsparkasse . . . . .	1 003,82	2. Giroeinlagen . . . . .	7 164,22
3. Kapitalien . . . . .		3. Bankschulden . . . . .	4 980,18
a) Bankguthaben . . . . .	1 899,85	4. Aufwertung . . . . .	22 954,41
b) Betriebskapital . . . . .	4 500,—	5. Reservefond . . . . .	1 000,—
c) Wechsel . . . . .	3 485,15	6. Reingewinn . . . . .	5 466,75
d) Darlehen in laufender Rechnung . . . . .	94 272,—		
e) Darlehen auf Schuldscheine . . . . .	33 383,85		
f) Hypothekendarlehen . . . . .	84 720,50		
g) Gemeinde- . . . . .	11 000,—		
4. Mobilien u. Immobilien . . . . .	431,20		
	238 777,33		
			238 777,33

Der Verwaltungsrat:  
Spiegel.

Der Geschäftsleiter:  
Schäfer.

Druck G. Braun, Karlsruhe

## Staubbindemittel Lydtinol, E'

das straßenverbessernde, dem Sprengwasser zuzusetzende Staubbekämpfungsmittel

## KALTASPHALT

die sechzigprozentige reine Bitumen-Emulsion für Straßenbehandlung

Nach den von keinem Auslands-patent abhängigen Verfahren von Dr. Lydtin, Karlsruhe, hergestellt Von hervorragenden Fachleuten glänzend begutachtet 161

Alleinhersteller:  
**ZELLER & GMELIN**  
Eisingen Filz (Württemberg)

## Aussichtsreiche Betriebsstellung

Größere Spezialmaschinenfabrik Süddeutschlands sucht energischen INGENIEUR zur Überwachung der Fertigmontage, Gewandtheit im Verkehr mit anderen Stellen wichtig. Nur Herren mit genügender Betriebspraxis wollen sich melden. Erfahrung im Papierverarbeitungs- und Druckmaschinenbau erwünscht. Angebote mit ausführlichem Bildungsgang und Lichtbild erbeten unter H. 399 an die Expedition der Karlsruher Zeitung. 389

Ihren Umzug betreffen Sie

## Möbelwagen?

64 dann  
Vob. Lagerhaus Offenburg.  
Besitzer: Billy Wagner  
fragen. Erstf. bestempf. zuverl.  
Möbelvermietungs-Unternehmen.

—Institut  
**Detektiv** u. Privat-  
Ankündiger  
**Argus** „Mannheim“  
O 6, 6  
Planen  
Lichtdruck 3350.  
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Lafr. M. 775

Zum Vereinsregister  
Lafr. wurde unter Nr. 73  
eingetragen: Spielverein-  
igung Lafr. in Lafr.  
Lafr. den 8. März 1928.  
Vob. Amtsgericht.



## Badisches Landes-Theater

Mittwoch, 21. März 1928  
8. Vorstellung  
der Schillerstücke

**Idello**  
von Beethoven  
Musikalische Leitung:  
Rudolf Schwarz  
In Szene gesetzt von  
Otto Krauß

Fernando Böhre  
Bizarro Nübe  
Florestan Strak  
Leonore von Hartung  
Rocco Vogel  
Katzelline Plant  
Jaquino Lauffötter  
Staats- Kalmbach  
gefangene Röver

Chöre: Georg Hofmann  
Anfang 18%, Ende 21  
I. Rang und I. Sperrfif 7 RM

Plätze aller Platzgattungen  
sind für den allgemeinen  
Verkauf freigegeben

Donnerstag, 22. März 1928  
D 21 (Donnerstagsmiete)  
Th.-Gem. 501—600  
und 801—850

**Illian oder: Die gelbe Rose**  
von Kornfeld  
In Szene gesetzt von  
Felix Baumbach

Frau Samson Fiegler  
Erla Vertam  
Schiraga Prüter  
Julius Schulz-Weiden  
Dierfuß Häder  
Gräfin Ermarth  
Schumpeter Gemmede  
Kummer Brand  
Katterer von der Trend  
Illian Müller  
Rantl Dahlen  
Samson Henschel

Anfang 19%, Ende 22%,  
I. Rang u. I. Sperrfif 5 RM

Freitag, 23. März: Illian.  
Samstag, 24. März:  
Zum 100. Geburtstag von  
Henrich Ibsen. Zum ersten-  
mal: Die Kronprätendenten.